

Gemeinde Hörbranz Gemeindevertretung

Hörbranz, am 18. November 2008

Protokoll Nr. 28

über die am 12.11.2008 um 20 Uhr im Gemeindeamt Hörbranz stattgefundene öffentliche Gemeindevertretungssitzung, zu der alle Gemeindevertreter ordnungsgemäß eingeladen wurden.

Anwesend:

Bgm. Hehle Karl als Vorsitzender
Vizebgm. Hack Manuela
Ing. Boch Wolfgang
Greiter Karin
Berkmann Alfred
Jochum Bernhard
Hefel Ulrike
Rauch Georg
Paul Stefan
Jeglic Dietmar
Biegger Siegfried
Fink Lukas
Mag. (FH) Gorbach Martin
Siebmacher Josef
Hiebeler Günter
König Wilhelm
Vonbank Alois
Ing. Einwallner Reinhold
Maier Ursula
Lucny Franz

Vertretungen:

Spritzendorfer Daniela für Zündel Franz Anton
Ing. Haag Otto für Matt Veronika
Huber Rudi für Mag. (FH) Flatz Katrin
Linder Manuela für Hagen Christoph
Schöffmann Heinz für Gutzelnig Christian
Bresnik Arnold für Sinz Engelbert
Fessler Edi für Tuttner Brigitte

Auskunftspersonen:

Architekt Walser Dietmar zu TOP 3
Architekt Fink Josef zu TOP 4
DI Rudhardt Wilfried zu TOP 5

Schriftführer:

Achberger Gerhard

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. 2 Anträge auf Aufnahme von zusätzlichen Tagesordnungspunkten wurden rechtzeitig gestellt, diese Anträge werden unter Punkt 16 und 17 behandelt.

2. Berichte des Bürgermeisters und div. Ausschüsse

Der Bürgermeister berichtet über folgende Angelegenheiten:

- Ergebnisse der Nationalratswahlen und der Volksabstimmung
- Kronenareal; es gibt einen Interessenten für das 1. und 2. OG oberhalb des Gasthauses für eine Wohnung und Büroräumlichkeiten. Über die Details wird derzeit verhandelt, bei Vorliegen eines konkreten Kaufangebotes wird dieses im Finanzausschuss und im Gemeindevorstand behandelt und zur Beschlussfassung der Gemeindevertretung vorgelegt. Die Polizei kann diese Räumlichkeiten nicht verwenden, es bietet sich die Verwendung des Arzthauses in der Ziegelbachstraße an. Die Küchengeräte im Gasthaus müssen teilweise erneuert werden. Die Vergabe erfolgt in der Sitzung des Gemeindevorstandes am 19.11.2008. Weiters werden über die möglichen Sanierungsmaßnahmen in den jeweiligen Gremien beraten.
- Aufgrund einer Feuerwehübung in der Volksschule müssen Nachrüstungen im Bereich der Klassenalarmierung getätigt werden. Die Arbeiten in Höhe von ca. € 10.000,-- wurden im Gemeindevorstand genehmigt.
- die Musikschule Leiblachtal und der Bürgermeister und besuchten die Partnermusikschule in San Pedor/Spanien. Eine Gegeneinladung zum 30-jährigen Bestehen der MSL-Leiblachtal wurde ausgesprochen.
- Die Wohnung im 1. OG in der Ziegelbachstraße 14 dient als Ausweichlokal für die Kinderbetreuungsgruppe i-tüpfle. Die Adaptierungsarbeiten in Höhe von ca. 6.700,-- wurden im Gemeindevorstand genehmigt.
- Der negative Bescheid „Handy-Mast auf dem Sennereigebäude“ wurde vom Verwaltungsgerichtshof aufgehoben.
- Ein Bürgergespräch für die Parzelle Leiblach hat stattgefunden, das nächste Gespräch findet am 24.11.2008 für die Parzelle Berg statt.
- Die LKW-Beschränkung in der Krüzastraße wurde lt. einstimmiger Empfehlung des Straßenausschusses und des Gemeindevorstandes aufgehoben um den LKW-Verkehr aufzufächern. Die Baumaßnahmen und Markierungsarbeiten sind fertig gestellt.
- In der Gemeindeverwaltung wird die Stelle des Standesbeamten (Pensionierung) und die Stelle Öffentlichkeitsarbeit nachbesetzt. Der Geschäftsführer des Josefsheim geht Mitte nächsten Jahres in Pension. Diese Stelle wird Anfang 2009 ausgeschrieben.

Die Obfrau des Sozial- und Wohnungsausschusses berichtet von der Übergabe von 10 Wohnungen und der Arztpraxis in der VOGEWOSI –Wohnanlage in der Lochauer Straße. Weiters präsentiert sie eine Bevölkerungsstatistik, geordnet nach Religionszugehörigkeit.

Der Obmann des Umweltausschusses berichtet, dass der Umweltpreis an die Fa. Sigg vergeben wurde. Für das e5 Team wird ein neuer Teamleiter gesucht.

Der Obmann des Sportausschusses informiert über die laufende Meisterschaft des FC und AC Hörbranz und über die Jahreshauptversammlung des CAP.

Der Markt- und Dorfplatzausschuss organisiert den Weihnachtsmarkt am 13.12.2008. Weiters wird berichtet, dass Martin Matt im Ausschuss, ohne Stimmrecht, mitarbeiten kann.

Der Bauausschuss berät demnächst über die Handhabung von nachträglichen Genehmigungen von nicht bewilligten Gebäuden und über die Übertragung der Bauverfahren an die BH, sofern diese die Gewerbebehörde ist.

Abschließend berichtet der Bürgermeister über den Verein Regionalentwicklung Vorarlberg (LAG) und deren Förderprojekte.

3. Hauptschulsanierung

- Beschlussfassung Kostenerhöhung Sanierung Altbau

- Beschlussfassung Kosten Sanierung Neubau

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird Architekt Dietmar Walser begrüßt.

Beschlussfassung Kostenerhöhung Sanierung Altbau

Der Bürgermeister erklärt die Kostenerhöhung beim Altbau in Höhe von rund 214.000,-- wie folgt:

- Allgemeine Teuerung durch den Baukostenindex von ca. 7%
- Einbau Lift (ca. 55.000,--)
- Feuertechnische Maßnahmen (ca. 13.000,--)
- Sonderausführung Fassade und Heizkörper (ca. 27.000,--)
- Dachwasserableitung (ca. 10.000,--)

Einsparungen wurden bei der Küche, Garderoben und bei der Raumausstattung getätigt.

Architekt Walser erläutert die neue Kostenschätzung, welche jedem Gemeindevertreter ausgeteilt wurde, und konkretisiert die Positionen.

Ein Gemeindevertreter kritisiert den durch die Gemeindevertretung beschlossenen hohen Zielwert HWB (Heizwärmebedarf) 8 kwh/m². Seiner Meinung nach ist dieser Zielwert für ein Zweckgebäude und die daraus resultierenden Mehrkosten nicht vertretbar. Weiters wird gefordert, die Kostenschätzung dem Bauausschuss vorzulegen.

Dem wird entgegnet, dass sich aufgrund der Lebensdauer eines solchen Gebäudes diese Mehrkosten nach einer gewissen Zeit amortisieren. Die Betriebskosten können durch einen thermischen Mehraufwand wesentlich reduziert werden. Die EU und das Land Vorarlberg wünschen sich, dass mittelfristig alle kommunalen Gebäude im Passivhausstandard ausgeführt werden. Dementsprechend werden die Fördermöglichkeiten gestaltet. Weiters hat die Gemeinde eine wesentliche Vorbildwirkung.

Der Architekt informiert, dass mit der geplanten Sanierung ein Wert von HWB 24kwh/m² erreicht werden kann. Bei einer zukünftigen Bodensanierung, welche derzeit wirtschaftlich nicht vertretbar ist, könnte dann der Zielwert von 8 erreicht werden.

Der Bürgermeister erinnert nochmals, dass sich die Gemeindevertretung 2007 entschieden hat, die Sanierung der HS möglichst an den Passivhausstandard zu orientieren. Das zuständige Gremium ist die eigens eingesetzte Arbeitsgruppe Hauptschulsanierung und nicht der Bauausschuss.

In der abschließenden Abstimmung werden die Kostenerhöhungen lt. Kostenschätzung v. 15.10.2008 für den Altbau HS in Höhe von € 214.500,-- und Ausstattungsergänzungen in Höhe von € 87.800,-- mit 15:12 Stimmen genehmigt.

Beschlussfassung Kosten Sanierung Neubau

Die Kosten für die Sanierung des Neubaus HS in Höhe von € 278.800,-- werden mit 15:12 Stimmen genehmigt.

4. Musikprobelokal/Kinderhaus

- Beschlussfassung Unterkellerung

- Beschlussfassung Ausführung Passivhausstandard

Der Bürgermeister begrüßt Architekt Josef Fink und berichtet eingangs über den Projektverlauf und über die Mehrkosten bei einer etwaigen Unterkellerung des Gebäudes und den Einbau eines Lifes und Höhe von rund 235.000,--. Die Gesamtkosten würden sich demnach auf ca. € 1.810.000,-- in der Ausführung „Passivhausstandard“ belaufen. Der Keller könnte als Verwaltungsarchiv, Technikraum, und als Lagerraum für die Kinderbetreuung und für den Musikverein genutzt werden. Das Verwaltungsarchiv des Gemeindeamtes benötigt dringend neue Räumlichkeiten, das historische Archiv in der Volksschule hat derzeit keinen zusätzlichen Platzbedarf. Der Keller muss hochwassersicher sein, das bedeutet, dass das EG ca. 30cm über dem Niveau mit einer seitlich geführten Rampe ausgeführt werden muss. Das Gebäude wird in die GIG eingebracht, die Planungskosten werden bis zu 60% von der LAG gefördert. Das Land fördert dieses Projekt ebenfalls. Eine Exkursion zur Besichtigung der Volksschule Doren, dem Kindergarten/Musikheim Langenegg und Egg mit dem Gemeindevorstand, dem Bauausschuss, dem Bauamt, der Arbeitsgruppe des Musikvereines und dem Beirat „Zukunft Kind“ hat am 8.11.2008 stattgefunden.

In der anschließenden Diskussion wird hinterfragt, ob eine Ausführung „Sichtbeton“ aus architektonischen, thermischen und akustischen Gesichtspunkten gewünscht wird.

Der Architekt erläutert aus seiner Sicht die Materialplanung und präsentiert dem Gremium seinen Vorentwurf. Er beantwortet verschiedene Fragen zur Architektur, zur Dämmung, zu den Kosten der Unterkellerung, zur Ausführung im Passivhausstandard und zum Lärmschutz. Ein dritter Stock würde wesentlich größere Bauabstände nach sich ziehen, und könnte das Projekt gefährden. Zudem ist eine Unterkellerung wesentlich günstiger als ein weiteres Stockwerk.

Der Bürgermeister betont, dass die Materialisierung in einem Fachausschuss behandelt wird.

In der abschließenden Abstimmung wird einstimmig beschlossen, dass das Gebäude unterkellert wird (2 Gemeindevertreter waren bei der Abstimmung nicht anwesend) und die Ausführung im Passivhausstandard erfolgen soll. Weiters wird einstimmig beschlossen, dass ökologische Materialien (Öko Standard II) mit Mehrkosten von ca. 3-4%, eingebaut werden sollen. Es soll noch abgeklärt werden, welche energetischen Fördermöglichkeiten lukriert werden könnten.

5. Grundsatzbeschluss Hochwasserschutzprojekt Straußen

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Bürgermeister DI Rudhardt.

In den letzten Jahren gab es mehrfach Hochwasser im Bereich Straußen. Verschiedene Untersuchungen und Projekte wurden geprüft. DI Rudhardt erläutert anhand von Plänen die 2 Varianten, welche ausgearbeitet wurden. Bei der Variante 2, welche von der Abt. Wasserwirtschaft bevorzugt wird, würde der Ziegelgraben in den Hochwasserschutz miteinbezogen werden und der Mühlbach müsste umgelegt werden. Entsprechend hohe Kosten würden anfallen. Allerdings fehlt für diese Variante die Zustimmung der Grundeigentümer.

Bei Variante 1 könnten die ca. 600m langen Leitungen größtenteils im öffentlichen Gut verlegt werden, lediglich für die Bauarbeiten benötigt es die Zustimmung der Grundeigentümer. Die

Kosten für das Projekt belaufen sich auf ca. € 450.000,--. Der Gemeindeanteil beläuft sich auf ca. 20-40%, je nach Höhe der Förderung.

Das Gremium ist einstimmig der Meinung, dass die Variante 1 in der vorgelegten Form bei Land eingereicht werden soll.

Im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz sollen auch die Verkehrssicherheitsmaßnahmen im Straußenweg durchgeführt werden.

6. Behandlung eines Antrages zur Erstellung eines Energieleitbildes

Der Antrag des Bürgermeisters und des Obmannes des Umweltausschusses wurde jedem Gemeindevertreter mit der Einladung zur Kenntnis gebracht. Diesem Antrag auf Erstellung eines Energieleitbildes unter Einbeziehung des e5-Teams und des Umweltausschusses wird einstimmig zugestimmt. Kosten fallen keine an.

7. Vorlage und Beschlussfassung 1. Nachtragsvoranschlags 2008

Auf der Sitzung des Finanzausschuss am 23.10.2008 und auf der Gemeindevorstandssitzung am 29.10.2008 wurde der Entwurf des Bürgermeisters für den 1. Nachtragsvoranschlag 2008 beraten, Änderungen eingebracht und einstimmig zur Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vorgeschlagen. Dieser 1. Nachtragsvoranschlag 2008 ist mit der Einladung zu dieser Sitzung rechtzeitig allen Gemeindevertretern zugestellt worden. Der Nachtragsvoranschlag sieht Mehrausgaben in Höhe von € 138.800,-- und Mehreinnahmen von gleichfalls € 138.800,- vor. Der 1. Nachtragsvoranschlag 2008 wird in dieser Form einstimmig genehmigt.

8. Einbringung von finanziellen Mitteln in die GIG

Im Nachtragsvoranschlag ist eine Beteiligung an der GIG in Höhe von € 460.000,-- ausgewiesen. Es wird einstimmig beschlossen, diese Beteiligung noch dieses Jahr in die GIG einzubringen.

9. Behandlung einer Betriebsförderung

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird das Ansuchen der Firma Adolf Rupp zur Kenntnis gebracht. Der Finanzausschuss hat in der Sitzung am 23.10.2008 einstimmig eine Betriebsförderung aufgrund eines Erledigungsentwurfes der Verwaltung zur Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vorgeschlagen. Dieser Erledigungsentwurf der Betriebsförderung, welcher integrierter Bestandteil des Protokolls ist, wird einstimmig genehmigt.

10. Grundstücksangelegenheiten

Die Eigentümerin der Grundstücke GST-NR 215/1 und 216/1 beabsichtigt, diese Grundstücke zu verkaufen. Das Grundstück GST-NR 215/1 ist ein steiler, fast nicht zu bewirtschaftender Hang, das Grundstück GST-NR 216/1 ist eine ebene, schöne Fläche, welche allerdings aufgrund des Niveaus hochwassergefährdet ist. Der Bürgermeister erläutert anhand von Plänen die Situation. Die Thematik wurde im Gemeindevorstand behandelt.

Grundsätzlich ist man der Meinung, dass Flächen im Dorfzentrum für die Gemeinde sehr interessant sind. Einstimmig wird beschlossen die Grundstücke zu folgenden Bedingungen zu kaufen:

GST-NR 215/1 mit 1.605m² € 65,--/m²

GST-NR 216/1 mit 3.155m² € 125,--/m²

Die Kosten der Vertragserstellung und die anfallenden Gebühren werden von der Gemeinde übernommen.

11. Neuwahl eines Gemeinderates

Der Vorsitzende teilt mit, dass die bisher von ihm ausgeübte Funktion eines Mitgliedes des Gemeindevorstandes durch Amtsverzicht freigeworden ist und dass die Fraktion „Hörbranner Volkspartei und Parteifreie mit Bürgermeister Karl Hehle“ Mag. (FH) Flatz Katrin als neues Mit-

glied des Gemeindevorstandes vorgeschlagen hat. Für die Wahl werden einstimmig Otto Haag und Daniela Spritzendorfer als Stimmzähler bestimmt. Der Vorsitzende lässt über den auf Mag. (FH) Flatz Katrin lautenden Wahlvorschlag der Fraktion „Hörbranner Volkspartei und Parteifreie mit Bürgermeister Karl Hehle“ für die zu besetzende Stelle des Gemeindevorstandes mittels Stimmzettel abstimmen und gibt nach Auszählung das Ergebnis der Abstimmung wie folgt bekannt:

Abgegebene Stimmen: 27

Ungültige Stimmen: 2

Gültige Stimmen: 25

Der Vorsitzende stellt fest, dass Mag. (FH) Flatz Katrin als Mitglied des Gemeindevorstandes gewählt ist.

12. Nachbesetzung von Ausschüssen

Aufgrund von schriftlich eingebrachten Vorschläge der Fraktionen ergeben sich folgende Änderungen in den Ausschüssen:

Bauausschuss:

Ersatz 3 FPÖ Josef Siebmacher

Prüfungsausschuss

Ersatz 3 FPÖ Günter Hiebeler

Mitglied 2 ÖVP Mag. (FH) Martin Gorbach

Mitglied 6 ÖVP Siegfried Biegger

Raumplanungsausschuss:

Mitglied 3 FPÖ und ObmannStv. Engelbert Sinz

Ersatz 2 FPÖ Arnold Bresnik

Friedhofsausschuss

Ersatz 1 ÖVP Mag. (FH) Katrin Flatz

Ersatz 3 FPÖ Günter Boch

Musikschule Leiblachtal

Mitglied 5 ÖVP Mag. (FH) Katrin Flatz

Arbeitsgruppe Nachnutzung Autobahnzollamt

Ersatz 3 FPÖ Arnold Bresnik

Schul- und Kindergartenausschuss

Mitglied 1 ÖVP und Obmann Vizebgm. Manuela Hack

Ersatz 1 ÖVP Mag. (FH) Katrin Flatz

Die Änderungen werden einstimmig genehmigt.

13. Namhaftmachung einer Expertenkommission für die Bezügeregelung

Folgende Personen werden von den Fraktionen namhaft gemacht und einstimmig für die Expertenkommission eingesetzt:

ÖVP	BR Weiss Jürgen
FPÖ	Moosbrugger Lars
SPÖ	Mag. Kilga Gerhard
Hagen C.	Kohler Helmuth

Die erste Sitzung findet am 19.11.2008 im Gemeindeamt statt.

14. Beschlussfassung einer Übergangsregelung für die Regelung der Bezüge

Folgender Verordnung wird einstimmig zugestimmt:

Aufgrund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 12.11.2008 wird gemäß § 10 des Bezügesetzes 1998, LGBl. Nr. 3/1998, i.d.g.F, verordnet:

§ 1 Entschädigung des Vizebürgermeisters

Die Entschädigung des Vizebürgermeisters wird als Monatsbezug festgelegt und beträgt 13,76 v. H. des Monatsbezuges des Bürgermeisters.

§ 2 Entschädigung der Mitglieder des Gemeindevorstandes

Die Entschädigung der Mitglieder des Gemeindevorstandes mit Ausnahme des Bürgermeisters und des Vizebürgermeisters wird als Monatsbezug festgelegt und beträgt 2,65 v. H. des Monatsbezuges des Bürgermeisters.

§ 3 Bezugsregelung

Die Monatsbezüge nach §§ 1 und 2 dieser Verordnung gebühren 12 mal jährlich.

§ 4 Anpassung der Bezüge (Wertsicherung)

Für die jährliche Anpassung der Monatsbezüge nach §§ 1 und 2 dieser Verordnung gilt der § 3 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

15. Umwidmungen (2. Beschlussfassung)

Folgender Umwidmungsantrag kommt zur 2. Beschlussfassung:

07- 2008 Mangold Arno
GST-NR 2353/1, gesamt ca. 435m²
ca. 175m² von FL in Straße und
ca. 260m² von FL in BM
GST-NR .259, gesamt ca. 957m²
ca. 187m² von FL in BM und
ca. 770m² von BM_L in BM
GST-NR 2349/1, gesamt ca. 2.709m²
ca. 2.337m² von FL in BM und
ca. 372m² von BM_L in BM

Während der Auflagefrist sind keine Einwände eingelangt.
Der Umwidmung wird einstimmig zugestimmt.

16. Behandlung des Antrages der FPÖ bzgl. Einfahrverbot auf der Ziegelbachstraße für LKW zu Scheier I

Der Antrag ist jedem Gemeindevertreter zugestellt worden. Den Antragstellern ist es wichtig, dass die Verkehrsproblematik bei der Fa. Scheier nach wie vor latent ist. Es soll nach Lösungen gesucht werden, wie der Verkehrsfluss zur Zufriedenheit aller gelenkt werden könnte.

Einstimmig ist das Gremium der Meinung, dass der Antrag dem Straßenausschuss zugewiesen wird.

17. Behandlung des Antrages der FPÖ um Berücksichtigung eines Kunstrasenplatzes im Budget 2009

Die Unabhängigen und Freiheitlichen stellen den Antrag, dass der Kunstrasenplatz 2009 realisiert und die entsprechenden Mittel im Budget vorgesehen werden sollen. Die Antragsteller weisen auf den Gemeindevertretungsbeschluss vom 19.11.2003 hin, in dem einstimmig beschlossen wurde, den roten Granulatplatz bis spätestens 2008 durch einen Kunstrasenplatz zu ersetzen.

Der Bürgermeister erwidert, dass im Jahr 2009 große Projekte geplant sind und seiner Meinung nach keine finanziellen Spielräume für einen Kunstrasenplatz vorhanden sind. Er zitiert zu diesem Thema den Beschluss der Gemeindevertretung vom 19.12.2007.

Das Gremium beschließt einstimmig, den Antrag in den Budgetverhandlungen 2009 zu beraten.

18. Protokollgenehmigung Nr. 27

Das Protokoll Nr. 27 wird einstimmig genehmigt.

19. Allfälliges

Die Gemeindevertreter werden gebeten, bei Sitzungen ihr Auto nicht bei den Parkplätzen vor der Sparkasse zu parken.

Eine Straßenlaterne beim ehemaligen Zollamt Unterhochsteg und beim Buswartehaus funktioniert nur sehr eingeschränkt. Bei der Einfahrt Krüza-/Ziegelbachstraße kommt es immer wieder zu kurzen Staus. Beim Radweg an der Leiblach sollten die Böschungen zurückgeschnitten und zusätzlich Mülleimer aufgestellt werden.

Eine Anfrage des Prüfungsausschusses wird vom Bürgermeister schriftlich beantwortet.

Ende der Sitzung: 23.40 Uhr

Der Schriftführer:



Achberger Gerhard

Der Bürgermeister:



Bgm Karl Hehle